Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 216 — Nummer 273/274

Bezugspreis: monatlich Mark 6000.– mit Zustellgebühr, Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Briefträger entgegen. — — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. — —

Halle-Saale — Freitag, 15. Juni 1923

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene 34 mm breite mm-Grundzeile 250 Mk. Kleine Anzeigen 150 Mk. Familienanzeigen 100 Mk. Die 3gespaltene 90 mm breite mm-Reklamezeile 800 Mk. Rabatt nach Tarif, Erfüllungsort Halle-Saale

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 u. 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6209. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Auf dem Wege der Verständigung

Der französisch-englische Meinungsaustausch

Begegnung zwischen Poincaré und Baldwin

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 14. Juni.

„Petit Parisien" berichtet, daß gewisse, der Regierung besonders nahestehende Londoner Kreise sich gestern **über die Möglichkeit einer baldigen Begegnung zwischen Stanley Baldwin und Poincaré ausgelassen haben.** Eine Aussprache zwischen den beiden Staatsmännern könnte, so nehme man in besagten Kreisen an, zur schnelleren Annäherung der beiden Länder in glücklicher Weise beitragen. Dazu schreibt der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris", er könne aus bester Quelle versichern, daß man gestern abend in Londoner offiziellen Kreisen dem englischen Premierminister in sehr dringender Weise nahelegte, so schnell wie möglich die Zusammenkunft mit Poincaré herbeizuführen. Es ist daher sehr wohl möglich, daß die schon vor einiger Zeit angekündigte Begegnung zwischen dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten zustandekommt. Wie hier angenommen wird, dürfte die Voraussetzung dafür sein, daß die zwischen den Kanzleien gepflogenen Verhandlungen um ein gutes Stück weitergebracht werden.

Englische Fragen

London, 14. Juni.

„Daily Mail" berichtet, daß der infolge der gestrigen Kabinettserörterungen über die deutsche Note von der britischen Regierung an die französische Regierung gestern abend übersandte Fragebogen in freundschaftlichsten Worten abgefaßt sei.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, es würde im gegenwärtigen Augenblick von größtem Interesse und Werte sein, wenn, bevor eine Entscheidung über die heikle Frage gefaßt werden würde, man eine klare und umfassende Aeußerung erhalten könne, beispielsweise über die Besetzung des Ruhrgebiets. Falls Deutschland befriedigende Garantien geben sollte, würden die Franzosen dann beabsichtigen, die Besetzung während der Moratoriumsperiode und möglicherweise darüber hinaus aufrecht zu erhalten? Wann und in welcher Gestalt würde die militärische Besetzung die Form einer „unsichtbaren Besetzung" annehmen? Schließlich, sollte nicht nur vom politischen, sondern auch vom wirtschaftlichen und sogar von legalen Standpunkt der wirtschaftlichen Besetzung und der Pfänderpolitik größte Aufmerksamkeit gewidmet werden, würde dann jene volle Freiheit für die örtlichen Industrien und die deutsche Verwaltung wieder hergestellt werden, ohne die die Macht und der Wille die Produktion weiterhin behindern würden, damit Deutschland fähig wird, Reparationen zu zahlen? Würden die Reparationen, sei es in bar oder in Sachleistungen, von gewissen Alliierten allein eingenommen werden oder von allen Alliierten mit Hilfe der deutschen Behörden? Im Zusammenhang damit stünden einige feine, die Auslegung des Friedensvertrages berührende juristische Punkte, die kaum ignoriert oder übersehen werden könnten.

Ausgleich zwischen Poincaré und Baldwin?

London, 14. Juni.

In unterrichteten Kreisen herrscht die Ansicht vor, daß der Ausgleich zwischen Paris und London auf der Basis des belgischen Vorschlags erfolgen wird.

„Die französische Freundschaft ist wichtiger"

London, 14. Juni.

„Daily Expreß" schreibt, Tatsache sei, daß das, was für Frankreich gut sei oder was es wenigstens für gut halte, für Großbritannien schlecht sei und umgekehrt. England wolle Deutschland wiederherstellen als einen Markt für britische Waren, Frankreich jedoch wolle Deutschland als militärischen Feind unterdrücken. Wenn man Deutschland wirtschaftlich wiederherstellen wolle, müsse man die Reparationsfrage auf die eine oder die andere Weise regeln. Aus diesem Grunde sei im Interesse Frankreichs die Bande offen zu halten und die Lebensfähigkeit des deutschen Patienten niederzuhalten. Wenn Deutschland sich erhole, so würde es nach einiger Zeit stark genug sein, um zu kämpfen. Der Zusammenprall der Ziele Großbritanniens und Frankreichs scheine daher absolut zu sein, solange Frankreich den gegenwärtigen Standpunkt aufrechterhalte. Großbritannien stehe vor der Wahl, entweder die Aussicht auf einen zentraleuropäischen Markt aufzugeben oder sich mit Frankreich zu vereinigen. Das Blatt vertritt die Ueberzeugung, daß die französische Freundschaft wichtiger sei als der deutsche Markt, und daß die britische Regierung sich in diesem Sinne entscheiden müsse, so bedauerlich die Wahl auch sei.

Dollar: Nachb. 103000 schw.

Die schlechten Aussichten

London, 14. Juni.

Dem parlamentarischen Berichterstatter des „Daily Telegraph" zufolge besteht augenblicklich wenig Aussicht auf eine unmittelbare Erklärung der britischen Regierung im Parlament. Die Verschiedenheit der Ansichten beider Regierungen seien in einigen Punkten so groß, daß man von einem Einvernehmen so weit entfernt zu sein scheine wie je.

Was wird Baldwin tun?

London, 14. Juni.

„Daily Herald" schreibt: Poincaré behandelte Baldwin ebenso wie er Lloyd George in Boulogne am Vorabend der Genueser Konferenz behandelt habe. Lloyd George habe damals kapituliert. Er habe seine Politik den Forderungen angepaßt und habe so jede Hoffnung auf eine Regelung zum Scheitern gebracht. Was werde Baldwin tun? Die Entwicklung der westeuropäischen Politik während der nächsten Jahre hänge von dieser Entscheidung ab.

Aufrollung der Saarfrage auf der kommenden Tagung des Völkerbundrates

Genf, 14. Juni.

Auf der Tagesordnung der am 29. Juni stattfindenden Völkerbundstagung steht, wie ergänzend gemeldet wird, vor allem die Saarfrage und der von England aufrecht erhaltene Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission des Völkerbundes zur Prüfung der Zustände im Saargebiet. Neben dem Präsidenten der Regierungskommission, Rault, und weiteren Mitgliedern der Regierungskommissione werden auch Vertreter der saarländischen Bevölkerung zu der zweiten großen Aussprache ein Genf erwartet.

Ein französischer Posten erschossen

Dortmund, 14. Juni.

Während der Nacht beschlagnahmten die Franzosen auf der Reichsbank 50 Milliarden Mark.

An der Bahnüberführung in Herne ist gestern abend gegen 11 Uhr ein französischer Posten erschossen worden. Als angeblicher Täter ist der Bergmann Stellmann von den Franzosen verhaftet worden. Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Aufklärung der Erschießung der Franzosen?

Dortmund 14. Juni.

Die Untersuchung von deutscher Seite über die Erschießung der beiden französischen Offizierstellvertreter in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag hat ziemlich abschließend etwa folgendes ergeben:

Am Sonnabend abend trafen die beiden Franzosen an dem Tatort mit dem früheren Oberwachtmeister Bolduan zusammen. Dieser war schon vorher verschiedentlich mit Franzosen in Konflikt geraten. Der Grund hierfür ist anscheinend seine Frau, eine übel beleumdete Person, mit der er in Scheidung lebt. Diese Frau soll mit einem Franzosen in Verkehr gestanden haben. An dem betreffenden Abend soll Bolduan von den Franzosen angerempelt und vom Bürgersteig gestoßen worden sein. Nach einem heftigen Wortwechsel hat Bolduan, der sehr erregt war, auf die beiden Franzosen geschossen. Er flüchtete dann und hielt sich versteckt, kam aber wieder in seine Wohnung zurück, um seine Kinder noch einmal zu sehen. Er wurde am Montag abend von den Franzosen, die seine Spur verfolgt hatten, in einem Kornfeld erreicht und als er auf Anruf nicht stehen blieb, auf der Flucht erschossen.

Diese Aussage machte seine Frau, mit der Bolduan, wie erwähnt, in Scheidung lebt. Obgleich sie zweimal vor Franzosen und Deutschen dieselben Angaben, allerdings nicht unter Eid, abgegeben hatte, hat sie beim dritten Verhör die Aussage widerrufen. Trotzdem scheint sie den Tatsachen zu entsprechen, da Bolduan einem bekannten Gastwirt gegenüber die gleichen Angaben über die Vorgänge in der Sonnabendnacht gemacht hatte.

Von den Franzosen wird behauptet, daß Bolduan in Begleitung eines anderen Mannes war, da nach der Art, wie die Leichen nebeneinanderliegend aufgefunden wurden, vermutet werden könne, daß zwei Personen geschossen hätten. Soviel steht jedenfalls fest, daß Bolduan aus rein persönlichen Gründen Rache an den Franzosen genommen hat. Die Gerüchte über einen „nationalistischen Anschlag" sind völlig haltlos.

Neue Verwirrung

Die Lage zwischen London und Paris hat sich entspannt und dadurch die allgemeine politische Lage einer neuen Verwirrung zugeführt. Unsere Optimisten, die wieder einmal mit allzu deutlichen Worten von dem großen Gegensatz zwischen England und Frankreich sprachen, stehen mit dickem Kopfe da und suchen verzweifelt nach neuen Objekten für ihren Optimismus. Sie scheinen sogar den Gerüchten Glauben schenken zu wollen, daß die amerikanische Regierung auf eine Anregung Baldwins hin, bereit sei, sich an der Suche nach einer Lösung zu beteiligen. Gerüchte, die immer dann auftauchen, wenn die Karre wieder einmal hoffnungslos verfahren ist, und mit denen wir bisher immer noch derartige Erfahrungen machten, daß uns das allergrößte Mißtrauen ihnen gegenüber angebracht erscheint. Die Lage ist denkbar verwirrt und der neue Marksturz gibt dem Barometer für die Berechtigung der pessimistischen Stimmung ab.

Wie es gekommen ist, daß Havas zuerst langes und breites über einen ablehnenden Beschluß des englischen Kabinettrates meldete, um sich dann nachher selber nach Strich und Faden Lügen zu strafen, kann füglich ununtersucht bleiben, da es uns bei der bestehenden Nachrichtenblockade doch kaum gelingen wird, einwandfrei Klarheit zu gewinnen. Wir sind auf eine Wahrscheinlichkeitsrechnung angewiesen und wahrscheinlich scheint es uns, daß man von London aus die Mitteilung über den ablehnenden Kabinettsbeschluß, als einen Versuchsballon ergehen ließ, um aus der Reaktion der französischen Oeffentlichkeit Richtlinien für die weitere politische Behandlung zu gewinnen. Die Indiskretion als politischer Schachzug ist ein Manöver, in dem gerade Herr Poincaré sich als Meister erwiesen hat, und das deshalb wohl auch von London einmal versucht werden kann. Allerdings wirkt es jämmerlich, wie man sich nun in England bemüht, den hochgegangenen Versuchsballon mit Eilfertigkeit einzuziehen und den Franzosen honigsüß zu versichern, daß kein Mensch im englischen Kabinettsrat an eine derartige Zuspitzung denke. Man hat in London offenbar Angst vor dem eigenen Mut bekommen, und da man zudem noch in deutschen Zeitungen lesen kann, daß die Aufgabe des passiven Widerstandes erörtert wird, so macht man das Spiel der Wetterfahne mit und stellt seine Politik wieder einmal mehr darauf ein, daß Problem von der Seite anzufassen, wo man die schwächste Widerstandskraft vermutet, also bei Deutschland. Die deutsche Regierung, der man doch immerhin einige Versprechungen gegeben hat, wird man achselzuckend darauf hinweisen, daß die Deserteure aus der Abwehrfront es England nicht mehr erlaubten, mit der Aufrechterhaltung und der weiteren Festigkeit des deutschen Widerstandes zu rechnen. Von Deutschland aus kann nur eins geschehen, um vielleicht in letzter Minute noch die politische Lage zu beeinflussen und dem Kompromißknäuel so zu entwirren, daß Frankreich seine Hoffnung, daß aus ihm der Gurgelstrick für Deutschland gefertigt werde, wieder einmal etwas zurückstecken muß.

Man hat vor der Herausgabe des deutschen Memorandums der deutschen Regierung mit allerlei ungeduldigen Mahnungen zugesetzt, die deutsche Regierung zeige nun endlich einmal auch die höchst angebrachte Ungeduld, und trage in irgend einer Form, aber jedenfalls eindeutig, ihre unerschütterliche Stellungnahme zum Ruhrproblem vor. Der Kanzler hat in seinen letzten Reden sehr gute Ansätze nach dieser Richtung hin gemacht, als er jede Kompromißlerei zurückwies, aber diese Ansätze genügen nicht, wie die Diskussion draußen zeigt. Notwendig ist, daß die deutsche Regierung nicht nur die Deserteure der Abwehrfront faßt und mit ihnen verfährt, wie mit Deserteuren verfahren werden muß, sondern daß sie auch entsprechend der Verschärfung der französischen Maßnahmen im Ruhrrevier zu verschärften Maßnahmen gegenüber Frankreich greift. Endlich heraus mit den Repressalien, zu denen Deutschland fähig ist gegenüber dem französischen Gesindel, das sich immer noch in Deutschland breit macht und das doch hier nichts anderes tut, als Spionagedienste für Poincaré leisten! Die vor einigen Tagen überreichte Note der Entente über die Wiederaufnahme der Kontrolltätigkeit gibt der deutschen Regierung die beste Gelegenheit, durch eine scharf ablehnende Antwort zu zeigen, daß die deutsche Michelhaftigkeit auch ihre Grenzen hat. Selbstverständlich muß der wirtschaftliche Boykott Belgiens und Frankreichs, der an einzelnen Stellen durchbrochen zu sein scheint, nun mit aller Schärfe durchgeführt werden. Das Wort, das ein deutscher Professor dem Reichskanzler bei seiner Anwesenheit in Münster zurief: „Cuno werde hart!" muß nun endlich befolgt werden. Nur ein harter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306151-12/fragment/page=0001

Kanzler kann in diesen Entscheidungstagen die deutsche Politik machen und durch harten Zugriff die Lage entwirren.

Sieht man in London, daß man in Deutschland endlich soweit ist, es auf Biegen und Brechen ankommen zu lassen, so wird man sich dort, da man sich ja sämtliche Möglichkeiten offen gelassen hat, doch noch überlegen, ob die jetzt eingeschlagene Taktik der Verzögerung und der schrittweisen Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich wirklich zu dem erhofften Ergebnis führt oder ob sie nicht gerade besonders geeignet ist, eine allgemeine Verwirrung zu erzeugen, in der auch die letzten Aussichten auf eine Wiederherstellung des Friedens in Europa versinken.

Für ein Schlageter-Denkmal

General der Infanterie Ludendorff hat den Offizierverbänden: dem Nationalverband Deutscher Offiziere, dem Deutschen Offizier-Bund, dem Marine-Offizierverein und dem Reichsoffizier-Bund folgende Kundgebung zugehen lassen:

„Im Dienst für das Vaterland, von Volksgenossen verraten, wurde Oberleutnant Schlageter von französischen Henkerstrechten am geknechteten Rhein hingerichtet. Er starb würdig seiner Taten im Weltkriege, als Soldat des alten Heeres wie ein Held, wie ein ganzer, echter deutscher Mann. Mag mit dem Segen Gottes des Allmächtigen ein Schlageter-Denkmal errichtet werden: Als Mahnzeichen, wie tief wir durch Ehr- und Wehrlosigkeit gesunken, als Wahrzeichen deutschen Heldenlebens für das Vaterland und als heilige Stätte verhaltener Glut deutschen Zorns, die das deutsche Volk in seiner deutschen Not läutert, stabilhaft zusammenschmiedet und stark macht für den Tag der Freiheit."

Die Verbände werden sich, wie dazu geschrieben wird, nach Kräften bemühen, der Verwirklichung der hochherzigen Anregung ihres ehemaligen Heerführers die Wege zu ebnen. Besprechungen sind im Gange und Sammlungen eingeleitet. Frz. von Hutier hat bereits das Ehrenpräsidium über einen Schlageter-Fonds übernommen.

Entschließungen zur Ermordung Schlageters

Kassel, 14. Juni.

In einer Versammlung des deutschnationalen Kreisvereins Kassel, Ortsgruppe Wilhelmshöhe, wurde eine Entschließung gefaßt, die an die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei u. a. das Ersuchen richtet, im Reichstage sofort dafür einzutreten, daß eine Verschärfung der Strafen für Landesverrat, insbesondere Einführung der Todesstrafe für Landesverrat erfolgt, daß das Strafverfahren gegen die Verräter, die Schlageter den Franzosen in die Hände geliefert haben, ungesäumt und mit strengster Schärfe durchgeführt wird, eine schnelle und durchgreifende Untersuchung darüber eingeleitet wird, inwieweit deutsche Behörden dazu beigetragen haben, daß Schlageter in französische Hände fiel und daß in allen Schulen und Unterrichtsanstalten des Deutschen Reiches Gedenkfeiern für Schlageter abgehalten werden. Weiter richtet die Entschließung an den Magistrat der Stadt Kassel das Ersuchen, das Andenken Schlageters in würdiger Weise durch Benennung einer Straße oder eines Platzes mit seinem Namen zu ehren.

Forderungen der Berliner Eisenbahner

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 14. Juni.

In den letzten Tagen haben in Berlin wie auch in anderen Städten Betriebsversammlungen der Eisenbahner stattgefunden, in denen besonders darüber Klage erhoben wurde, daß die Regierung die neuen Lohnverhandlungen zu lange hinausgezögert habe und daß die Staatsbediensteten infolgedessen bei dem Anwachsen der Teuerung in eine außerordentlich schwierige Lage gekommen seien. Von den Gewerkschaften wurde verlangt, daß sie dieses Moment den Regierungsstellen gegenüber ganz besonders betonen sollten. Im übrigen erhoben die Versammelten eine Anzahl von Forderungen, in denen die sofortige Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe, die Erhöhung der Gehälter und Löhne um mindestens 100 Proz. und die Zurücknahme der Massenentlassungen von Beamten und Arbeitern verlangt wurde. Weiter wird die Festsetzung von wertbeständigen Bezügen und die Ausschaltung des privaten Unternehmertums von den Arbeiten der Reichsbahn verlangt. In der Entschließung heißt es ausdrücklich, daß die Eisenbahner noch im Laufe dieser Woche die Zahlung der Wirtschaftsbeihilfe verlangen und daß nur durch eine solche Maßnahme angesichts der verzweifelten Notlage der Arbeitnehmer ein allgemeiner Streik in den Betrieben vermieden werden kann. Diese Entschließungen sind den Direktionen der Reichsbahn und dem Reichsverkehrsministerium übermittelt worden.

Verabschiedung der Besoldungsordnung und des Reichsknappschaftsgesetzes durch den Reichsrat

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 14. Juni.

Der Reichsrat stimmte in seiner heutigen öffentlichen Sitzung dem Reichsknappschaftsgesetz und der neuen Besoldungsordnung für die Beamten nach den Beschlüssen des Reichstages zu, ebenso der allgemeinen Erhöhung der Entschädigungssätze für Erwerbslose. Einverstanden erklärte er fest ferner mit Verordnungen, die die Wochenhilfe und Wochenfürsorge, die Unterstützung der Rentenempfänger aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung und die Zulagen in der Unfallversicherung entsprechend der Geldentwertung wesentlich erhöhen. Angenommen wurde die Erhöhung der Post-, Telegramm- und Fernsprechgebühren zum 1. Juli. Zustimmung fand auch der Entwurf eines Gesetzes über wertbeständige Hypotheken sowie ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Hypothekengesetzes.

Deutscher Reichstag

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 14. Juni.

Um 2 Uhr 20 Minuten wird die Sitzung eröffnet.

Die Novellen zum Verdrängungs-, Kolonial- und Auslandsschädengesetz sowie zur Entschädigungsordnung (Anpassung an die Geldentwertung) werden debattelos dem Hauptausschuß überwiesen.

Hierauf folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Abg. **Hoffmann**-Thüringen (Soz.) erklärt sich namens eines Teiles seiner Fraktion gegen das Gesetz, weil der Entwurf ein wichtiges staatsbürgerliches Recht, die Kurierfreiheit, erschlagen wolle.

Ministerialrat **Jadasohn**: Es sei nicht zu leugnen, daß auch die Naturheilmittel großen Segen stiften könnten, sie dürfen aber nicht wahllos angewendet werden. Bei ansteckenden Geschlechtskrankheiten hätten sich die Naturheilmittel nicht bewährt. Quecksilber und Salvarsan sind keine harmlosen Mittel, im Kampfe gegen die furchtbare Gefahr der Syphilis muß aber die Gefahr des Heilmittels in den Kauf genommen werden. Redner entkräftet im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen die Angriffe und Vorurteile gegen das Salvarsan.

Abg. **Dr. Moses** (Soz.) betont, die sozialdemokratische Fraktion stehe keineswegs geschlossen hinter den Ausführungen des Abg. Hoffmann. In dieser wichtigen Frage werden leider die sachkundigen Männer in den Fraktionen beiseite geschoben, die Ärzte als Interessenten behandelt. Jeder Arzt hat die Möglichkeit, die Patienten auch nach der Naturheilmethode zu behandeln.

Ministerialdirektor **Dammann**: Der Zweck des Gesetzes würde sich nicht erreichen lassen, wenn nicht Leute, die durch ihre Krankheit eine Ansteckungsgefahr bilden, zur Untersuchung und Behandlung gezwungen werden können. Wer eine Behandlung mit Salvarsan ablehnt, soll aber auch durch dies Gesetz nicht dazu gezwungen werden. Nachdem noch Abg. **Kunert** (Soz.), Abg. **Brodauf** (Dem.) und Abg. Frau **Fritsch** (Vpt.) gesprochen, schließt die Aussprache.

Angenommen wird ein Zentrumsantrag, wonach die Regierung bestimmen soll, welche ärztlichen Eingriffe von der Zustimmung des Patienten abhängig zu machen sind.

In der Einzelberatung werden die ersten Paragraphen in der Ausschußfassung angenommen. Zu § 4, der diejenigen mit Gefängnisstrafe bedroht, die den Beischlaf ausüben, obwohl sie wissen oder wissen müssen, daß sie geschlechtskrank sind, wird ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die Verfolgung nur auf Antrag des geschädigten Teiles oder der zuständigen Gesundheitsbehörde eintreten soll. Zu § 6, der bestimmt, daß die Behandlung von Geschlechtskrankheiten nur approbierten Ärzten gestattet ist, wird ebenfalls ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, demzufolge das ärztliche Behandlungsmonopol nur auf ansteckende Geschlechtskrankheiten zu beschränken sei, aber bei anderen Leiden und Krankheiten der Geschlechtsorgane abzulehnen ist.

Die §§ 7 bis 12 werden im wesentlichen in der Ausschußfassung angenommen und die Weiterberatung um 8 Uhr auf morgen, Freitag, nachmittag 2 Uhr, vertagt.

Der Landtag zur Abfindung der Hohenzollern

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 14. Juni.

Präsident **Leinert** eröffnet um 11 Uhr 15 Min. die Sitzung. Zunächst wird das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen gegen Minister Severing in namentlicher Abstimmung mit 226 gegen 64 Stimmen bei neun Stimmenthaltungen abgelehnt.

Das Haus nimmt den Haushalt der Seehandlung nach den Ausschußvorschlägen an.

Hierauf wird die allgemeine Besprechung zum Haushalt des Finanzministeriums fortgesetzt.

Abg. **Dr. Bernd**-Stettin (Dem.) bespricht die Haltung der höheren Beamten und fordert Gleichstellung der Oberpräsidenten mit den Staatssekretären. Ein Verbrechen am deutschen Volke wäre es, den Hohenzollern Millionen und Abermillionen nachzuwerfen. (Sehr richtig! links.) Den ordentlichen Gerichten darf die Angelegenheit nicht überlassen werden, da es sich nicht um eine reine Rechtsfrage handelt. Wenn nicht anders, so muß der Gesetzgeber entscheiden.

Finanzminister **Dr. v. Richter**: Ein praktisches Ergebnis glaube ich mir von einer Erörterung über die Auseinandersetzung mit dem früheren Königshause nicht versprechen zu können. Die Mehrheit des Hauses ist entsprechend dem Standpunkt der Demokraten und Sozialdemokraten der Auffassung, daß es sich hier um eine Rechtsfrage handelt. Ich persönlich habe ein Gefühl der Beschämung darüber, daß es in Preußen nach 4½ Jahren noch nicht möglich war, zu dieser Auseinandersetzung zu kommen. Der Entwurf eines Schiedsgerichtsvergleiches war auf dem besten Wege, als plötzlich der Antrag Müller-Franken im Reichstage erschien. Damit ist die Sache in ein Fahrwasser geschoben worden, wo sie rettungslos für den Staat ungünstig verlaufen wird. Die andere Seite ist dadurch von der Vergleichsbereitschaft abgebracht worden und in einem Prozeß würden wir mit Pauken und Trompeten hineinfallen und dazu auch noch viele Millionen an Prozeßkosten tragen. Ich bin entschlossen, das staatliche Interesse zu wahren und auch das Recht, so daß der Staat nicht den Ruf als Rechtsstaat verliert. Die Hohenzollern haben ein Recht auf den Schutz der Verfassung, denn sie haben nicht aufgehört Deutsche zu sein.

Abg. **Meier**-Berlin (Soz.): Mehr als seltsam ist der krampfhafte Versuch der Rechten, in der Frage des Hohenzollernvermögens einen prinzipiellen Unterschied zwischen Hannover und Kurhessen einerseits und Preußen andererseits zu machen. Mit seinem Hinweis auf das Recht der Zukunft hat Abgeordneter Lüdemann durchaus recht gehabt.

Abg. **Schwering** (Ztr.) erklärt, wenn 1868 von den Hohenzollern Unrecht geschehen sei, dann bestehe keine Veranlassung, heute das Gleiche zu tun. Die Auseinandersetzung mit den Hohenzollern sei als Rechtsfrage zu behandeln.

Abg. **Eberbach** (Deutschn.) fordert endlich den Abbau des Beamtenapparates. Im letzten Jahre seien nicht weniger als 13 942 neue Beamtenstellen geschaffen worden. (Hört! Hört!) Mit dem Abbau des Beamtenapparates dürfe aber kein Abbau des Beamtenrechtes kommen.

Abg. **Meyer**-Herford (D. Vpt.) stimmt den Ausführungen des Ministers in der Auseinandersetzungsfrage zu. Auch das Recht der Zukunft werde an dem Privateigentum nicht vorübergehen können. Beim Abbau ist Vorsicht geboten, damit das Staatsganze nicht Schaden leidet.

Abg. **Dominicus** (Dem.): Gegen das Vorgehen der Reichsgesetzgebung, wohlerworbene Rechtsansprüche von Auslandsdeutschen fast völlig zu konfiszieren, hat kein Deutschnationaler im Reichstage Einspruch erhoben. Will man etwa behaupten, die Notlage Preußens sei geringer als die des Deutschen Reiches, daß so mit 200 000 Auslandsdeutschen umspringen muß? Noch heute ist es Pflicht des früheren Inhabers der Krone, dem Staate in seiner Not zu helfen (Gelächter rechts), wenn die Berufung auf die Tradition einen Sinn haben soll.

Abg. **Preyer** (Deutschn.): Die Ausführungen der Herren Demokraten laufen doch auf nichts weiter hinaus, als daß das Hohenzollernvermögen in der Hauptsache konfisziert werde.

Abg. **Schulz**-Neukölln (Komm.): Wenn ich zu sagen hätte, bekämen die Hohenzollern nicht nur keinen Pfennig, sondern verlören auch ihren Schädel.

Das Ministergehalt wird bewilligt. In der Einzelbesprechung nimmt das Haus den Haushalt des Finanzministers an und vertagt um 4 Uhr die Weiterberatung des Staatshaushalts auf Freitag mittag 12 Uhr.

26]

Zum Paradies

Roman von A. v. Klinckowstroem.

„Du warst ein verhätschelteS Kind und solltest es bleiben. Gerade so fand ich dich entzückend."

„Und du dachtest dabei, find wir erst verheiratet, so werde ich die Zügel straffer in die Hand nehmen. Ich habe deinen heimlichsten Gedanken ganz gut nachgespürt. Du wärst kein Weltly, wenn du nicht so gedacht hättest. Dein Vater ist ein berühmt liebenswürdiger Mann und führt doch in seinem Haus ein eisernes Regiment.

„Bitte, laß meinen Vater aus dem Spiel. Ich bin nicht für ihn verantwortlich."

„Aber er ist es für dich. Du kannst nichts dafür, daß du ihm ähnlich bist. Ich habe versucht, mich in die Atmosphäre deines Elternhauses einzugewöhnen, und es ist mir nicht gelungen. Wenn ich nur da eintrat, verging mir, bildlich gesprochen, die Luft. Das hat in mir den Entschluß gereift, beizeiten ein Ende zu machen, da ich nicht zu euch passe, und ihr nicht zu mir. Das gestrige Vorkommnis gab mir den letzten Anstoß zu einer Aussprache, die sich seit Wochen innerlich vorbereitete."

Albrecht begriff jetzt, daß das in der Tat Ernst sei. Bisher hatte er noch gemeint, es mit einer Laune zu tun zu haben, mit Ausfluß einer allzu gesteigerten Empfindlichkeit, die leicht zu beschwichtigen sein werde. Ein Ausdruck echten Schmerzes kam in sein Gesicht und daneben Staunen und Zorn. Wie? Er, der Sproß eines alten Patriziergeschlechts, sollte sich von diesem kleinen Ding abtun lassen, wie sie vielleicht einen Handschuh, der anfing ihr unbequem zu werden, abstreifte und fortwarf? Er, mit seinen glänzenden Aussichten auf Karriere? Er, der die Wahl zwischen den vornehmsten Mädchen der Stadt gehabt hätte? Aber sein Herz hing an diesem kleinen Ding, und der Schmerz gewann daher die Oberhand.

„Willst du mich wirklich unglücklich machen, Tina?" fragte er noch einer Weile, mühsam beherrscht. „Ich liebe dich. Laß uns doch versuchen, noch einmal von vorn anzufangen und uns ineinander zu schicken."

„Nein, nein!" unterbrach sie ihn, und bei dem bloßen Gedanken, daß ihr die Kette wieder übergestreift werden könne, sträubte sich alles in ihr zu heftigster Abwehr. „Es würde nichts mehr nützen. Wenn man einmal zu der Erkenntnis gekommen ist, daß man jemand nicht genug liebt, um sein ganzes Leben teilen zu können, kann man sich auch nicht mehr in Empfindungen zurückzwingen, mit denen man abgeschlossen hat."

Albrecht schwieg, preßte nur unwillkürlich die Hand gegen die Augen, und diese stumme Gebärde ging ihr mehr zu Herzen als alle Worte. Sie fing an zu weinen und stieß dazwischen hervor „Es tut mir ja selbst so leid um dich. Ich hätte es dir, weiß Gott, nicht angetan, wenn auch nur die entfernteste Möglichkeit noch vorhanden gewesen wäre, daß wir miteinander glücklich werden könnten. — Was weiß denn auch eines vom anderen, wenn sich zwei verloben, die sich bis dahin nur in Gesellschaft sahen. — Und dann kommt hinterher die Ernüchterung — und alles mögliche tritt dazwischen. — Man wehrt sich dagegen, aber es kommt trotzdem. — Schließlich verlobt man sich doch auch, um sich zu prüfen. Fällt dann die Prüfung ungünstig aus, dann ist es besser, man trennt sich beizeiten. Das mußt du doch einsehen."

Er drang auf.

„Und du? Siehst du nicht ein, welchen Affront du mir antust? Soll die ganze Stadt mit Fingern auf mich weisen und sagen dürfen: Fräulein Harms hat den Sohn des Präsidenten über Bord geworfen?"

„Ist es nur das? Nun so sage doch, daß der Bruch von dir ausging. Wirf alle Schuld auf mich. Du hast dir ja auch in der Tat nichts vorzuwerfen."

„Nein, Tina, es ist nicht nur das, obgleich das, so wie ich einmal bin, auch für mich schwer ins Gewicht fällt. Aber alles, was ich an Weichheit und Zärtlichkeit besitze, gehört dir. Alle meine Zukunftsträume hängen mit dir zusammen. Ich kann nur sagen, daß ich völlig wie vor den Kopf geschlagen bin und den Gedanken noch gar nicht fassen kann. — Uebrigens will ich diese Unterredung noch nicht als abschließend betrachten. Du bist elend und nervös übereizt. Du darf ich nicht mit dir rechten. Ich komme wieder, und dann wollen wir noch einmal gut und ernst miteinander sprechen."

Ihre Tränen strömten noch immer, doch ihr Gesicht nahm den Ausdruck eiserner Entschlossenheit an. — „Komm nicht, Albrecht!" bat sie. „Du sollst dich nicht mit Bitten vor mir erniedrigen. Ich bin es wirklich nicht wert. Betrachte dies Gespräch in Wahrheit als abschließend und verzeih mir. — Versuche es wenigstens, in Frieden an mich zu denken."

Er ging wortlos, ohne Gruß hinaus. Im Flur stieß er mit Eva zusammen und war so sehr von dem eben Erlebten verwirrt, daß er sich ihrer Anwesenheit gar nicht bewußt wurde, sondern, mit dem Hut auf dem Kopf, geistesabwesend an ihr vorüber zur Tür ging. Sie sah erstaunt in sein verstörtes Gesicht. Offenbar hatte da zwischen dem Brautpaar ein Zwist stattgefunden. Eva besaß keinerlei Vorliebe für den Verlobten ihrer Kusine, doch sie konnte diese in ihren Unberechenbarkeiten und war in diesem Augenblick fast geneigt, Partei für ihn zu ergreifen und ihr gründlich den Kopf zu waschen. Schließlich ging womöglich noch die ganze Partie in die Brüche, und das sollte nicht sein. Nach Evas Ansicht war es die höchste Zeit, daß Tina unter die Haube kam. Rasch entschlossen eilte sie ins Boudoir.

Bei ihrem Eintritt sah Tina auf, Wangen und Augen noch naß vor Tränen, und sagte: „Bitte, laß mich! Sprich nicht mit mir. Ich habe eben meine Verlobung aufgelöst."

Eva traute ihren Ohren nicht. — „Was hast du?"

„Du hörst ja. Ich habe mit Albrecht gebrochen."

„Warum?"

„Die Gründe gehen nur mich allein etwas an."

„Der arme Mensch!" entfuhr es Eva. Er tat ihr in diesem Augenblick aufrichtig leid, denn sie wußte, wie sein ganzes Sinnen und Denken sich stets um Tina und wieder um Tina gedreht hatte. Was mochte der jetzt für eine schlimme Stunde durchmachen. Entrüstet schlug sie die Tür zu und suchte Marie auf, um dieser die große Neuigkeit mitzuteilen. Die beiden saßen dann bekümmert und ratlos beisammen, bis der Justizrat aus der Stadt kam, und sie empfingen ihn sofort mit der Unglücksnachricht.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306151-12/fragment/page=0002

Annahme der Wohnungsbauabgabe

Aus dem Haushaltsausschuß der Stadt Halle

Der Haushaltsausschuß stimmte in seiner gestrigen Sitzung der Magistratsvorlage betr. Wohnungsbauabgabe zu. Wir haben über die Vorlage selbst bereits eingehend berichtet. Der Referent führte dazu aus, daß die Wohnungsbauabgabe der einzig offenstehende Weg sei, um die Wohnungsnot zu mildern. Wenn von anderer Seite vorgeschlagen werde, durch Zuschläge zur Einkommensteuer die nötigen Mittel zu beschaffen, so sei dem entgegenzuhalten, daß dadurch in der Hauptsache die Lohn- und Gehaltsempfänger betroffen werden würden. Werde die Wohnungsbauabgabe nicht angenommen, so sei mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkte zu rechnen. Das würde zu einer ungeheuren Verteuerung aller Wohnungsmieten führen. Es sei dann damit zu rechnen, daß für eine 300-Mark-Wohnung 2 Millionen Mark an Miete zu zahlen seien. Die Arbeiter könnten die Wohnungsbauabgabe tragen, da diese bei den Lohnfestsetzungen mit berücksichtigt werde; anders liege es bei den Beamten. In der Besprechung wurde darauf hingewiesen, daß die Jugendlichen zur Wohnungsbauabgabe herangezogen werden müßten, etwa in der Form, daß eine Steuer für Abvermietung erhoben werde, die dann auf den Mieter abzuwälzen wäre. Zugleich müsse aber eine Höchstmiete für möblierte Wohnungen festgesetzt werden, um eine wucherische Ausbeutung der Untermieter zu vermeiden.

Der Magistrat führte dazu aus, daß diese Anregung sich bereits zu einer Entschließung im Reichstage verdichtet habe. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft würde katastrophale Folgen für die gesamte Wirtschaft nach sich ziehen. Bei der Annahme der Vorlage werde das 180fache der Friedensmiete zu zahlen sein, während nach dem jetzigen Dollarstande die Miete das 2000fache betragen müßte. Die in Angriff genommenen 150 Wohnungen könnten bei der fortschreitenden Geldentwertung nicht vollendet werden trotz rechtzeitiger Beschaffung der Baumaterialien und sofortiger Aufnahme der Bautätigkeit. Es sei erwünscht, wenn die Abgabe noch um 50 Prozent erhöht werden könnte.

Der Ausschuß stimmte der Vorlage zu.

Eine weitere Vorlage sollte gleichfalls der Förderung des Wohnungsbaues dienen. Es ist vorgesehen, daß gemeinnützige Baugesellschaften mit einem geringeren Betrage zur Grundsteuer herangezogen werden. Wohnungen, die nach dem 31. März 1923 hergestellt werden, zahlen nur 1/10 des sonst geltenden Betrages. Auch sonst ist eine Reihe von Erleichterungen vorgesehen. Auch bei der Berechnung der Baupolizeigebühren treten Vergünstigungen ein. Andererseits wurden die Strafbestimmungen verschärft. Auch diese Vorlage wurde angenommen.

Für die Siedlungsstraßen südlich der Artilleriekaserne waren Nachbewilligungen nötig. Der für die Entwässerung vorgesehene Betrag ist um 300 000 Mark überschritten, der für die Kabelverlegung um 21 Millionen Mark. Hiervon fallen 15 Millionen Mark dem Elektrizitätswerk zur Last, während der Rest aus Anleihemitteln nachbewilligt wurde.

Die Erhöhung der Beamtengehälter erfordert für die Stadt eine Gesamtmehrausgabe von 5 Milliarden 839 Millionen Mark; davon entfallen auf die städtischen Betriebe 1 Milliarde 9 Millionen Mark. An der Aufbringung der Mittel ist der Staat mit 80 Prozent beteiligt, so daß die Belastung der Stadt 969 Millionen Mark beträgt. Hierbei sind zum ersten Male die Bezüge für die Theaterangestellten eingeschlossen. Die Mittel sollen in den Etat eingestellt werden. Hierbei wurde von deutschnationaler Seite zur Sprache gebracht, daß die Auszahlung der Gehaltserhöhungen bei einzelnen städtischen Verwaltungsstellen verspätet erfolgt sei, z. B. bei den Lehrern an den höheren Schulen. Der Magistrat sagte Abhilfe zu. Weiter wurde die Anregung gegeben, in Zukunft bei weiteren Erhöhungen sofort mit der Auszahlung zu beginnen, sobald Reich und Staat zahle, ohne erst einen formellen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung abzuwarten.

Die jüngst seit dem 10. d. M. eingetretene Tariferhöhung bei der städtischen Straßenbahn wurde nachträglich gut geheißen. Die Ausgaben belaufen sich gegenwärtig auf 14 360 000 Mark täglich, während die Einnahmen nach dem alten Tarif nur 10 750 000 Mark erbrachten. Der Tarif ist bekanntlich auf 400 bezw. 500 Mark für mehr als 2 Teilstrecken erhöht. Die Halbmonatskarten kosten 12 000 Mark, die für das ganze Netz 20 000 Mark, die Arbeiterwochenkarten 2000 Mark, die Schülerkarten 600 Mark. Die Fahrscheinhefte mit 10 Fahrscheinen werden mit 3600 bezw. 4500 Mark abgegeben. Es wurde zur Sprache gebracht, daß entgegen dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung die Nachtzuschläge auch von Kriegsbeschädigten erhoben werden. Der Dezernent versprach Abhilfe. Gegen die Vorlage selbst wurden Bedenken nicht laut, nur wurde dagegen Einspruch erhoben, daß die Erhöhung ohne ausdrückliche Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erfolgt sei, die sich ihre Rechte nicht aus der Hand nehmen lassen dürfe. Der Magistrat wies dann darauf hin, daß er durch die Erhöhung bereits vom 10. d. M. ab der Stadt 100 Millionen Mark erspart habe. Es sei seine Pflicht, die Stadt vor Schaden zu bewahren. Die Versammlung dürfe nicht bürokratischer sein als der Magistrat. Die Aussprache darüber dehnte sich ziemlich lange aus. Sachliche Einwendungen konnten aber nicht erhoben werden.

Leider mußten noch einige weitere Erhöhungen vorgenommen werden. Der Wasserpreis von 185 Mark je Kubikmeter ist bei den steigenden Preisen für Kohle und der Erhöhung der Löhne nicht länger aufrecht zu erhalten, zumal in diesem Jahre ein erheblicher Betrag (700 Millionen) für Abschreibungen, Erneuerungs- und Erweiterungsbauten vorgesehen ist. Das ist aber nur ein Teil dessen, was in Friedenszeiten üblich war. So muß eine Erhöhung des Preises auf 600 Mark je Kubikmeter Wasser erfolgen. Der Ausschuß stimmte dem zu. Ebenso der Erhöhung der Kanalbenutzungsgebühr auf 24 Prozent bezw. für Wirtschaftsabwässer auf 128 Prozent. Schließlich nahm er noch Kenntnis von der Erhöhung der Gaspreise, die von 650 Mark auf 1000 Mark für Leuchtgas und von 510 Mark auf 800 Mark für gewerbliches Gas nach der Kohlenklausel festgesetzt sind. Die Gebühr für elektrisches Licht wird 1500 Mark je Kilowattstunde betragen.

Aus Mitteldeutschland

Proletarische und bürgerliche Hundertschaften

Braunschweig, 14. Juni.

Auf die Frage eines Landtagsabgeordneten, ob die Regierung geneigt sei, die Bildung proletarischer Hundertschaften im Freistaat Braunschweig zu verbieten, hat sie geantwortet, daß sie der Ansicht sei, daß die Maßnahmen, die zur Sicherheit des Staates notwendig sind, ausschließlich von den dafür verantwortlichen Stellen getroffen werden dürfen. Gegen Abwehr-Organisationen, auch für den Fall, daß sich ihre Angehörigen in irgendeiner Form bewaffnen, würde vorgegangen werden. Die gesetzlichen Voraussetzungen zu einem Einschreiten der Regierung seien bisher nicht gegeben.

Diese Antwort der Regierung ist unklar. Die Regierung nimmt nicht die in der Anfrage des Landtagsabgeordneten geforderte Stellung gegen die proletarischen Abwehrhundertschaften, die bei Braunschweig schon Uebungen abgehalten haben und zu deren Erweiterung im ganzen Lande Braunschweig ein kommunistisches Blatt mit dem Ziel auffordert, die braunschweigische Regierung zu beseitigen und einer reinen proletarischen Arbeiterregierung Platz zu machen. Die Braunschweiger Kommunisten verkünden es in einem Aufruf: Braunschweig muß ein Sachsen und ein Thüringen werden.

Im übrigen hat die Gründung proletarischer Hundertschaften eine Gegenaktion ausgelöst. Aus der Bürgerschaft ist ein Aufruf zur Bildung verfassungstreuer Hundertschaften ausgegangen, die sich auf den Boden der Verfassung stellen und die aufgelöst werden sollen, sobald ein Verbot der Regierung gegen die proletarischen Hundertschaften ergeht.

Kommunistische Ueberfälle auf den Jungdeutschen Orden

TU. Weimar, 14. Juni.

In der Landtagssitzung brachte der deutschnationale Abg. Kien vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Anfrage ein: Immer häufiger hört man von Ueberfällen auf den Jungdeutschen Orden. Offenbar verfolgen diese Ausschreitungen das Ziel, nachdem der Staatsgerichtshof das Verbot der Thüringer Regierung aufgehoben hat, den Orden durch Terror einzuschüchtern und zu unterdrücken. So wurde ein Gefolgschaftsabend des Jungdeutschen Ordens am 28. Mai in Neustadt-Arnshaugk durch eine mit Gummi- und Holzknüppeln und Totschlägern eindringende Hundertschaft gesprengt. Die Eindringlinge rissen die Akten an sich, unterzogen die Anwesenden einer Leibesvisitation, drängten sie aus dem Versammlungslokal und mißhandelten ein Ordensmitglied, das polizeilichen Schutz herbeirufen wollte, aufs schwerste. — In Hildburghausen fand am 3. Juni Bannerweihe der Ballei Südthüringen statt. Eine öffentliche Volksversammlung und der Umzug durch die Stadt verlief in mustergültiger Ordnung, obwohl die Kommunisten versuchten, durch Provokation die Jungdoleute zu reizen, marschierte unter anderen ein Trupp Jugendlicher unter Absingung der Internationale neben dem Zuge her. Nach Beendigung der Feier saßen einige Mitglieder des Ordens, darunter einige Verheiratete mit Frau und Kindern im „Eskimo“ bei einem Glas Bier, als plötzlich die Tür aufgerissen wurde und eine Rotte Kommunisten mit dem Rufe: „Hier sitzen die Mörder, schlagt sie tot, die Jungdohunde“ in das Lokal stürzten. Mit Stühlen und Biergläsern wurde wahllos auf die Gäste eingehauen, so daß eine wüste Schlägerei entstand. Ein Ordensbruder wurde niedergeschlagen, auf dem Bauche durch das Lokal, die Steinstufen hinab über die Straße auf den Marktplatz geschleift und hier mit Stöcken, Latten und Nägeln, Stiefelabsätzen usw. bearbeitet, bis er bewußtlos liegen blieb. Der herbeigeeilte Arzt stellte etwa 60 Hiebe fest. Als die Sanitäter den Mißhandelten aufhoben, riefen die Führer der Rohlinge: „Laßt ihn doch gar verrecken, weit hat er so nicht mehr“. Im „Eskimo“ maßten sich die Kommunisten Polizeigewalt an, sie nahmen eine Untersuchung der Gäste nach Waffen vor, selbst Damen mußten sich dieser rohen Prozedur unterziehen. Die Polizei zeigte sich außerstande, die Ausschreitungen zu verhindern; ein Teil versagte auch da, wo ein wirksames Einschreiten möglich gewesen wäre. Beweis: Ein Jungdomitglied wurde von einem Kommunisten in Schutzhaft genommen, die Polizei schritt trotz des Protestes des Verhafteten nicht ein. Auf der Straße rief der Kommunist: „Ich bin Arbeiterführer, der Mann steht unter meiner Gewaltherrschaft“. Ein Polizeiwachtmeister sagte: „Wenn der Bürgermeister das nächstemal nochmals eine solche Anordnung trifft, werde ich meinen Polizeirock ausziehen und als Arbeiter losgehen, das habe ich dem Bürgermeister schon gesagt.“ Angesichts dieser Terrorakte, die berechtigt wachsende Beunruhigung hervorrufen, frage ich namens meiner Faktion an: 1. Ist die Regierung bereit, strenge und schnelle Bestrafung der Schuldigen zu veranlassen und dem Landtag von dem Ergebnis der Untersuchung Kenntnis zu geben? 2. Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um für die Folge derartige Terrorakte zu verhindern und die staatsbügerlichen Rechte, Leben und Sicherheit auch der Mitglieder des Jungdeutschen Ordens zu schützen? 3. Ist die Regierung ferner bereit, durch das Presseamt die Oeffentlichkeit dahin aufzuklären, daß der Jungdeutsche Orden keine verbotene Vereinigung ist und daher den vollen Schutz des Gesetzes genießt, so daß auch schon der Versuch einer Störung seiner Veranstaltungen ungesetzlich und strafbar ist?

Eröffnung der Südthüringer Industrie- und Handelskammer

TU. Sonneberg, 14. Juni.

Am Montag und Dienstag dieser Woche fand zu Sonneberg die Eröffnungsitzung der Südthüringer Industrie- und Handelskammer statt, die eine Zusammenfassung der fünf früheren selbständigen Kammern bildet. Ministerialdirektor Rauch vom thüringischen Wirtschaftsministerium, der nach Prüfung der formellen Voraussetzungen die Konstituierung der südthüringischen Industrie- und Handelskammer namens des thüringischen Wirtschaftsministeriums aussprach und die Sitzung eröffnete, betonte in seiner Einleitungsrede, daß mit dieser neuen Kammer das südthüringische Wirtschaftsleben in eine neue Phase eintrete. Daß die Kammer in Sonneberg errichtet wurde, habe seinen äußeren Grund in der sogen. Meininger Denkschrift, seine innere Berechtigung in dem Umstand, daß Sonneberg nicht nur die älteste Thüringer Kammer war, sondern es verstanden habe, sich einen Namen nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ganzen Welt zu machen. Die neue Kammer werde zu zeigen haben, daß sie die Interessen der gesamten Industrie und des gesamten Handels ihres Bezirkes wahrzunehmen versteht. Die Regierung teilt die Sorge der Bezirke der aufgelösten Kammern nicht, da sie deren leitende Personen kennt. Durch eine gesunde Dezentration auf der einen und entsprechende straffe Konzentration auf der anderen Seite, wird sie die Interessen der neuen Gebiete vertreten können. Ihre Aufgabe müsse sein: Ausgleich der Einzelinteressenten und Förderung der gemeinsamen Interessen, in welcher die Regierung vieles erhofft, da die Interessengegensätze in den letzten Jahren sich immer mehr verschärft hätten. Die Kammer wird auch zu zeigen haben, was die Zusammenfassung der Kräfte auf wirtschaftlichem Gebiete vermag. — Geh. Kommerzienrat Crämmer feierte nach herzlichen Begrüßungsworten die Neubildung der Kammern als ein Werk Ministerialdirektors Rauch, den er zu der ihm geglückten Beseitigung aller Schwierigkeiten beglückwünschte und dem er für seine Arbeit dankte.

Bei der nun folgenden Wahl des Vorstandes und Schatzmeisters wurden nach grundsätzlicher Aussprache über die Zahl der Vorstandsmitglieder und Beisitzer folgende Herren vorgeschlagen und einstimmig gewählt: Geh. Kommerzienrat Craemer, geschäftsführender Vorsitzender; Bankdirektor Fuld-Meiningen, stellvertretender Vorsitzender; Kommerzienrat Riese-Saalfeld stellvertretender Vorsitzender; Spediteur Hofmann-Sonneberg Schatzmeister; Kommerzienrat Horn-Sonneberg Beisitzer; Kaufmann Christ-Meiningen Beisitzer. Als Stellvertreter für die einzelnen Herren wurden gewählt: Fabrikbesitzer Dorst, Kaufmann Heinemann-Meiningen, Kommerzienrat Tröster-Rudolstadt, Kaufmann Ortelli-Sonneberg, Direktor Bartenstein-Kl. Veilsdorf, Ingenieur Schmidt-Oertelsbruch, Kaufmann Sachse-Hildburghausen.

Ministerialdirektor Rauch erklärte, daß ihm die Wahl keine Ueberraschung gebracht habe. Keine andere Kammer könne einen Mann präsentieren, der so über eine Konkurrenz erhaben sei, wie Geh. Kommerzienrat Craemer, der Nestor der Thüringer Kammern und wohl auch Senior der deutschen Handelskammern. Vorsitzender Geh. Kommerz. Craemer dankte für die Ehre und die voraufgehenden Worte, in dem er die Versicherung abgab, bemüht zu sein, die Spannkraft zu erhalten und die Erfahrung einzusetzen, wo es möglich sei. In jetziger Zeit müssen alle mitarbeiten, um zu erreichen, daß Deutschland wieder groß wird. Als Leitwort für die neue Kammer stellte er den Satz auf: Harmonische Arbeit bedeutet den Erfolg. Anschließend folgte die Durchberatung der vorliegenden Geschäftsordnung, über die zum Teil nach längerer Aussprache volle Uebereinstimmung erzielt wurde, wobei auch die schlechte Verkehrslage Sonnebergs erwähnt wurde. Nach einer Ansprache des Bürgermeisters Jahreis-Sonneberg, der der Kammer den besten Erfolg wünschte, fand die Sitzung ihren Abschluß. Am Abend versammelten sich die Kammermitglieder zu einem geselligen Beisammensein in der „Erholung“.

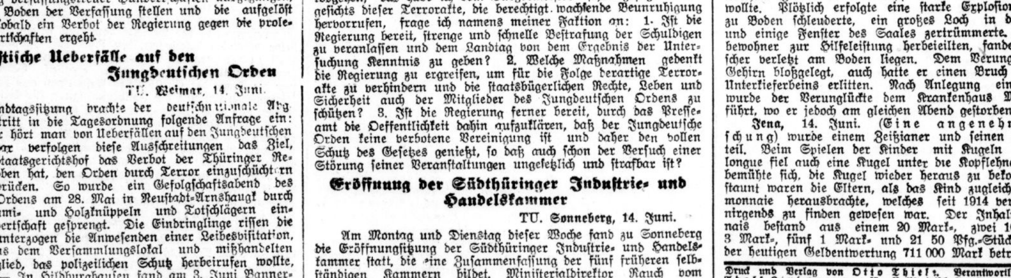
Quedlinburg, 14. Juni. (Vor einem Landarbeiterstreik. — Die explodierte Bohnermasse.) Unter den hiesigen Landarbeitern ist wieder eine Bewegung im Gange, deren Zweck und Ziel noch nicht recht abzusehen ist. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich Dienstag früh zur Arbeit begeben wollten, wurden daran von anderen gehindert, und diejenigen, die bereits auf dem Felde beschäftigt waren, wurden wieder zurückgeholt. Ebenso wurden die landwirtschaftlichen Fuhrwerke gezwungen, auf der Straße wieder umzukehren und in ihre Gehöfte zurückzufahren. Ob es auf einen Streik abgesehen ist, läßt sich noch nicht sagen. — In einem Haushalt sollte Bohnermasse vor dem Gebrauch erwärmt werden. Anstatt, wie richtig gewesen wäre, die Büchse in ein Wasserbad zu bringen, stellte man sie auf den Herd. Die Masse explodierte und das brennende Wachs fügte dem davorstehenden Hausmädchen so schwere Brandwunden zu, daß es seinen Verletzungen erlag.

Köthen, 14. Juni. (Der arme Ehemann.) Eine bittere Enttäuschung erlebte ein hiesiger Ehemann. Als er abends seine Wohnung betrat, gewahrte er, daß die Behälter erbrochen und viele Sachen verschwunden waren. Er glaubte zuerst, daß ihm Einbrecher während seiner Abwesenheit einen Besuch abgestattet hätten. Doch schließlich stellte es sich heraus daß seine Ehefrau, mit der er einen Streit gehabt, die Wohnung ausgeräumt hat und unter Mitnahme eines Teiles der Habe davongegangen ist.

Offleben, 14. Juni. (Tödlicher Unfall.) Mittwoch abend war im Niemannschen Saale der 22jährige, erst seit kurzem verheiratete Arbeiter Otto Reinhardt damit beschäftigt, einen eisernen Topf daraufhin zu prüfen, ob er luftdicht sei, zu welchem Zweck er den Topf mit einer Karbidlösung füllen wollte. Plötzlich erfolgte eine starke Explosion, die Reinhardt zu Boden schleuderte, ein großes Loch in die Saaldecke riß und einige Fenster des Saales zertrümmerte. Als die Hausbewohner zur Hilfeleistung herbeieilten, fanden sie Reinhardt scher verletzt am Boden liegen. Dem Verunglückten war das Gehirn bloßgelegt, auch hatte er einen Bruch des Ober- und Unterkieferbeins erlitten. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verunglückte dem Krankenhaus Marienberg zugeführt, wo er jedoch am gleichen Abend gestorben ist.

Jena, 14. Juni. (Eine angenehme Ueberraschung) wurde einem Zeißianer und seinen Angehörigen zuteil. Beim Spielen der Kinder mit Kugeln auf der Chaiselongue fiel auch eine Kugel unter die Kopflehne und der Junge bemühte sich, die Kugel wieder heraus zu bekommen. Wie erstaunt waren die Eltern, als das Kind zugleich auch ein Portemonnaie herausbrachte, welches seit 1914 vermißt ward und nirgends zu finden gewesen war. Der Inhalt des Portemonnais bestand aus einem 20 Mark-, zwei 10 Mark-, einem 3 Mark-, fünf 1 Mark- und 21 50 Pfg.-Stücken, welches nach der heutigen Geldentwertung 711 000 Mark beträgt.

Druck und Verlag von Otto Thiele. Verantwortlich für die Politik: Adolf Lindemann; für Volkswirtschaft: Hermann Hulz; für Lokales, Kunst und Unterhaltung i. V. Ernst Messerschmidt; für Mitteldeutschland und Sport: Ernst Messerschmidt. — Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle.



Volkswirtschaftlicher Teil der „Halleschen Zeitung"

5 Uhr-Devisenkurse

Berlin, 14. Juni.

Amsterdam 40 360, **Brüssel** 5635, **Kopenhagen** 18 230, **Italien** 4785, **London** 475 000, **New-York** 103 000, **Paris** 6565, **Schweiz** 18 500, **Prag** 3075. **Tendenz**: etwas schwächer.

Löhne und Preise

Von **Aneus Martius.**

Die sprunghafte Wertveränderung unserer Valuta bringt es mit sich, daß häufig ein Mißverhältnis zwischen Preisen und Löhnen eintritt, das sich bei einer besonders raschen Entwertung der Mark, wie wir sie augenblicklich wieder erleben, in peinlicher Weise für alle Gehalts- und Lohnempfänger fühlbar macht. Die Preise stellen sich automatisch nach der Kaufkraft der Mark ein, die Löhne können ihr nur nachträglich auf Grund der festgestellten Indexziffer angepaßt werden, und ehe diese Untersuchungen abgeschlossen sind, ist möglicherweise schon wieder eine Veränderung der Valuta eingetreten. Dadurch kommt es, daß die Löhne gelegentlich, z. B. vor einigen Monaten über dem Index stehen oder mit der Teuerung nicht Schritt halten.

Bei einer Untersuchung des Lohnproblems wird gewöhnlich der naheliegende Irrtum begangen, daß man die Löhne von heute mit denen vor dem Kriege vergleicht. Man könnte sie ebenso gut mit denen in Indien oder in China gezahlten vergleichen. Deutschland ist nicht mehr das Land von 1913. Damals hatten wir eine blühende aufstrebende Wirtschaft, die beständig neues Kapital ansammelte, heute eine verarmende, die sich nur mit den Resten der Vergangenheit über Wasser hält. Der Krieg und noch mehr die Friedensbedingungen haben Deutschland aus einem reichen Land zu einem armen gemacht, es hat aufgehört ein Goldland zu sein. An dieser Verarmung nehmen alle Schichten teil, abgesehen von einigen glücklichen Spekulanten gibt es kaum einen Menschen, der, in Gold umgerechnet, dasselbe Einkommen bezieht oder dasselbe Vermögen besitzt wie vor dem Kriege.

Die Verarmung, d. h. die verringerte Kaufkraft, muß in einer Verbilligung der Ware und der Arbeit zum Ausdruck kommen, und dieses ist in erschreckendem Maße eingetreten. Deutschland ist heute das billigste Land der Welt. Die Arbeitsstunde, die früher mit 20 cents bezahlt wurde, wird heute mit 5 cents gleich 4000 Papiermark bezahlt, das Beefsteak, das früher 25 bis 33 cents kostete, ist heute für 10 cents gleich 8000 Papiermark zu haben, ein einfach möbliertes Zimmer, also frei von Zwangswirtschaft, bringt heute einen Viertel bis einen halben Dollar, statt der früheren 4 bis 5, die Straßenbahnfahrt kostet ¾ cents statt 2¼ und die Kilowattstunde 2½ cents statt 5 bis 6.

Diese Verbilligung erstreckt sich nicht auf Waren mit einem Weltmarktpreis, d. h. auf solche, die man ebenso gut in London oder New-York wie in Berlin verwerten kann. Dazu gehört alles, was wir importieren, wir müssen dafür trotz unserer Verarmung den Preis der Goldländer anlegen. Die Lebenshaltung eines in Deutschland ansässigen Menschen umfaßt nun teils Güter mit einem Weltmarktpreis, teils solche, die infolge unserer Verarmung wesentlich billiger sind als in den Goldländern, man kann für die einen den Ausdruck Güter mit freiem, für die anderen Güter mit gebundenem Preis anwenden, ohne daß bei dieser Bezeichnung an eine Zwangswirtschaft zu denken ist. Zu ersteren gehören, um ein Beispiel zu geben, alle Kolonialwaren, zur zweiten Gattung die Mieten und ein großer Teil der in Deutschland erzeugten Waren, für die das Ausland keinen oder nur einen sehr beschränkten Markt besitzt. Der Index stellt die Komponente zwischen diesen beiden Arten von Gütern dar. Der Arbeiter, der heute den reinen Goldlohn von früher erhielte, würde mit der ganzen Ueberlegenheit des Valutaausländers in Deutschland leben. Diese von Arbeitnehmervertretern erhobene Forderung findet in den positiven Verhältnissen keine Begründung. In einem verarmten Land mit Papierwährung kann kein Stand den Anspruch auf Goldbezahlung erheben, und wenn ihn unsere ausgepowerte Wirtschaft überhaupt befriedigen könnte, so geschähe es auf Kosten aller anderen Stände. Sie hätten durch noch größere Entbehrungen die Vorteile zu bezahlen, die die Arbeiterschaft für sich in Anspruch nimmt. Der Ruin Deutschlands würde sich in einem noch mehr beschleunigten Tempo vollziehen, wenn es neben der Einfuhr auch die Handarbeit in Gold zu finanzieren hätte.

Alle Maßstäbe, die aus früherer Zeit zur Bewertung der Löhne herangezogen werden, sind heute unbrauchbar. Wenn beispielsweise vor dem Kriege bei einem industriellen Unternehmen die Löhne 30 Prozent, die Rohstoffe 25 Prozent, die Dividede 10 Prozent der Ausgaben betrugen, so muß sich dies Verhältnis heute mit Notwendigkeit ganz anders gestalten. Die Rohstoffe werden aus dem Auslande bezogen oder besitzen einen Weltmarktpreis, sie müssen mit dem vollen Goldwert bezahlt werden die Arbeit dagegen und das fest investierte Kapital sind an Deutschland gebunden, sie können und werden nicht mehr erhalten als die Bewertung des verarmten Inlandes. Löhne, Dividenden und Materialien stehen heute in einen ganz anderen Verhältnis, und leider in einem, das für die Lohn- und Dividendenempfänger wesentlich ungünstiger ist. Die Materialien sind gleich geblieben, weil der Preis durch die konstante Währung der Goldländer bestimmt wird. Diese ersteren machen bei demselben Unternehmen jetzt vielleicht 75 Prozent aus, die Löhne 20 Prozent, während für die Dividenden nur der bescheidenste Bruchteil übrig bleibt. So ungünstig das Verhältnis der Löhne zu den Materialien in Ziffern ausgedrückt erscheint, so beweist es doch nicht, daß sie unzureichend sind, es beweist nur, daß man die Löhne heute nicht mehr an den Materialienpreisen messen kann, so wenig, wie an den Dividenden oder den Reingewinnen überhaupt. Im ersteren Fall erscheinen sie erstaunlich niedrig, im letzteren unsagbar hoch. Ein Aktionär bezog früher bei einer Dividende von 10 Prozent von 20 Tausendmarkaktien einen dem Jahreseinkommen eines Arbeiters entsprechenden Betrag, heute müßte er bei einer Verzinsung von 100 Prozent 5000 Aktien sein eigen nennen.

Lohn ist die geldliche Bewertung einer bestimmten Arbeitsleistung. Wenn man also die Vorkriegslöhne mit den heutigen überhaupt vergleichen könnte, so müßte zum wenigsten die Arbeit die gleiche geblieben sein. Das ist aber nicht der Fall. Im Jahre 1913 wurden im westfälischen Steinkohlenbergbau arbeitstäglich 883 Kilogramm gefördert, im November 1922 waren es nur noch 586 Kilogramm. In Oberschlesien war das Verhältnis noch ungünstiger. Die Förderung der Arbeitsschicht sank von 1913 pro Kopf von 1144 Kilogramm auf 609 im Februar 1923. In den übigen Industrien dürften die Verhältnisse ähnlich, wenn nicht noch schlimmer liegen.

Fortdauer des Wagenmangels

* Seit Ende vorigen Monats zeigt sich im mitteldeutschen Revier wieder ein empfindlicher Wagenmangel, wie er seit längerer Zeit nicht zu verzeichnen gewesen ist. Die Eisenbahn suchte ihn zunächst mit dem Hinweise zu entschuldigen, die zum 1. Juni bevorstehende Gütertariferhöhung habe einen außerordentlich starken Güterandrang zur Folge. Wäre diese Begründung zutreffend gewesen, dann hätte der Wagenmangel im Juni verschwinden müssen. Leider war dies nicht der Fall. Es ist zwar eine leichte Abschwächung eingetreten, doch besteht nach wie vor ein empfindlicher Wagenmangel, unter dem in erster Linie das ostelbische Revier zu leiden hat. Einzelne Gruben werden von dem Wagenmangel in schärfster Weise betroffen. Als Folge dieser Transportschwierigkeit, die nun schon seit Wochen anhält, zeigt sich in gewissen Verbraucherbezirken bereits ein empfindlicher Brennstoffmangel, ganz besonders ist dies in Berlin der Fall.

Da die Verbraucher im Hochsommer keine Verkehrsschwierigkeiten vermuten und die Eisenbahn tatsächlich seit einer Reihe von Monaten die Wirtschaft befriedigend mit Leermaterial beliefert hat, sucht man die Gründe für diese Brennstoffknappheit vielfach in einem künstlichen Zurückhalten der Werke im Hinblick auf eine bevorstehende Preiserhöhung. Die gänzliche Abwegigkeit dieses Gerüchtes erhellt schon aus dem Umstande, daß zurzeit noch nicht feststeht, ob und wann eine derartige Preiserhöhung Platz greifen wird. Damit solchen Gerüchten der Boden entzogen wird, ist an die Eisenbahn immer wieder die Forderung zu richten, diesen gänzlich ungewöhnlichen Wagenmangel im Hochsommer, der sich heute durch keinen einzigen stichhaltigen Grund mehr rechtfertigen läßt, durch bessere Wagengestellung zu beseitigen.

Die russischen Baumwolleneinkäufe im Auslande

d. Nach Angaben des Chefs der Baumwollenabteilung des Allrussischen Textilsyndikates Jeremin sind bisher im Auslande 79 549 Ballen Baumwolle gekauft worden, davon 11 000 Ballen ägyptische Baumwolle, sonst durchweg amerikanische. Von dieser Menge sind gegen 30 000 Ballen, die über Petersburg, Reval und Riga eingeführt wurden, bereits den verschiedenen russischen Trusts zugewiesen worden. Ende Mai waren zum Teil im Petersburger Hafen eingetroffen resp. unterwegs 22 000 Ballen. Der Rest wird spätestens im Juli geliefert. Nach Jeremins Behauptung hat das Allrussische Textilsyndikat sich das volle Vertrauen des Weltbaumwollmarktes erworben. In letzter Zeit hat das Syndikat von einer Reihe amerikanischer Firmen direkt aus Amerika oder über Liverpool und Bremen Angebote wegen des Verkaufes großer Baumwollmengen erhalten. Eine Reihe von Baumwollenfirmen führt gemeinsam mit ausländischen Banken mit dem Syndikat Verhandlungen wegen Erweiterung des Betriebes. Bis jetzt wurde dem Syndikat im Auslande in einzelnen Fällen ein Kredit in Höhe von 50 Proz. der eingekauften Baumwollmenge auf 3 Monate gewährt.

Die Zementindustrie Ostasiens

Aus Yokohama, Ende April, wird uns geschrieben:

Eine der jüngsten und entwicklungsfähigsten Industrien des Fernen Ostens ist die Zementindustrie, deren gegenwärtiger Stand auch für Deutschland in Anbetracht der Bedeutung der deutschen Zementausfuhr von Interesse ist.

Japan hat im Laufe des Weltkrieges seine Zementherstellung verdoppelt und verfügt heute über 24 leistungsfähige Werke von zum Teil großer Kapitalkraft. Das führende Unternehmen ist die Asano-Cement-Company mit einem Aktienkapital von 33 Millionen Yen und einer monatlichen Erzeugung von 510 000 Faß. An zweiter Stelle ist die Onada-Gesellschaft zu nennen, deren Aktienkapital 7,5 Millionen Yen und deren Monatserzeugung 150 000 Faß Zement beträgt. Die dritte führende Gesellschaft ist die Hokaku-Cement-Company mit einer Leistungsfähigkeit von täglich 2000 Faß. Von der gesamten Jahreserzeugung in Höhe von 6 Millionen Faß werden 10 Proz. vornehmlich nach China, Britisch-Indien und Niederländisch-Indien ausgeführt. Der überwiegende Teil wird im Lande selbst verbraucht und zwar in erster Linie von den Staatsbahnen.

In China sind gegenwärtig vier Zementwerke in Tätigkeit mit einer täglichen Leistungsfähigkeit von 300 bis 3000 Faß Zement. Das ist für die Zukunftsmöglichkeiten im Reich der Mitte natürlich außerordentlich wenig. Die Zementindustrie gehört hier zweifellos zu den aussichtsvollsten Industrien, wenn erst einmal der immer noch starke Konservatismus des Chinesen verschwunden ist und die politische Befriedigung des Landes einen Ausbau der Wirtschaft in dem an sich außerordentlich möglichen Umfange zuläßt. Dann muß die Ausdehnung alter und Errichtung neuer Industrieanlagen, der Bau von Wohnhäusern, öffentlichen Anlagen usw. von selbst zu einem unabsehbaren Aufschwung der Zementindustrie führen.

In Indien endlich wird der Bedarf von fünf kleineren Gesellschaften unzulänglich gedeckt. Der gegenwärtige Jahresverbrauch ist auf etwa 1 Million Faß jährlich zu veranschlagen. Was von den Entwicklungsmöglichkeiten Chinas gesagt worden ist, gilt auch für Indien. Hier sind übrigens mehrere neue Zementwerke bereits im Entstehen begriffen.

Die Philippinen verfügen über ein Zementwerk, das zum größten Teil der nordamerikanischen Union gehört und eine Leistungsfähigkeit von täglich 1000 Faß besitzt.

Die Abschlüsse im Burbach-Konzern. Die Kaligewerkschaft Burbach erzielte einschl. Vortrag einen Reingewinn von 22,4 (i. V. 3,8) Mill. M., aus dem 15 Mill. M. Ausbeute bezahlt werden. In der Bilanz betragen u. a. (in Mill. M.): Beteiligungen und Wertpapiere 34,4, Debitoren 282,4 und Kreditoren einschl. Akzepte 324,3. — Die Kaliwerk Krügershall A.-G., Halle a. S., schließt mit 183,8 (10,2) Mill. M. Reingewinn, aus dem 100 (20) Proz. Div. in Vorschlag kommen. — Die Gewerkschaft Salzmünde weist einen Reingewinn von 59,1 (4,7) Mill. M. auf. Als Ausbeute werden 8 Mill. M. verteilt, für Rücklagen 48 (1) Mill. M. verwendet. — Von den wichtigsten der übrigen Gewerkschaften schließen ab Güntershall mit 1,3 Mill. M. Reingewinn, Bergbau-A.-G. Wittekind, Volpriehausen, mit 25,7 (1,1) Mill. M., Gewerkschaft Hildasglück mit 0,72 gegenüber einem Verlust von 4,5 Mill. M. im Vorjahr, Gewerkschaft Walbeck mit 12,1 (2,3) Mill. M. Reingewinn, Gewerkschaft Carlshall mit 1,3 Mill. M. Reingewinn (i. V. 0,9 Mill. M. Verlust), Gewerkschaft Beienrode mit 14,7 (2,2) Mill. M. Reingewinn und 10 Mill. M. Ausbeuteverteilung, Kaliwerke Niedersachsen mit 39,2 (2,5) Mill. Mark Reingewinn und 100 Proz. (30 Proz.) Div. Die Gewerkschaft Wilhelmshall-Oelsburg schließt wieder mit einem Verlust, und zwar von 37,2 gegenüber 3,1 Mill. M. i. V. Ueber die allgemeine Lage des Konzerns wird mitgeteilt: „Unsere Werke Hildasglück, Carlshall und Pöthen II erlangten die endgültige Beteiligungsziffer; Ellers hat die Vollquote im neuen Jahr beantragt, so daß dann nur noch Wilhelmshall-Oelsburg und Pöthen I ohne endgültige Beteiligungsziffern sind. Unsere Beziehungen zu den Oberschlesischen Kokswerken und Chemischen Fabriken A.-G., Berlin, entwickelten sich weiter in angenehmster Weise; der Plan zum Bau von Mischdüngerfabriken durch die Interessengemeinschaft zwischen der Gewerkschaft Burbach und Oberkoks bleibt aufrechterhalten und konnte im Berichtsjahre lediglich deshalb nicht durchgeführt werden, weil die Ausfuhrbeschränkungen trotz allen Drängens der Industrie durch die Regierung bislang nicht beseitigt werden."

d. **Die Kohlenförderung im Donbecken.** Im Donbecken sind im Laufe des Monats Mai 41 Millionen Pud Steinkohle gefördert worden. An Vorräten hatten die Gruben bis zum 1. Juni 50 Millionen Pud. Verladen wurden im Monat Mai 27 Millionen Pud. Davon erhielten die Eisenbahnen 11 Millionen Pud. Die Eisenbahnen sind mit Kohle auf einen Monat und die Industrie auf 1½ Monate versorgt. Im Juni müssen 45 Mill. Pud und im Zeitraum Juli-September 118 Mill. Pud gefördert werden. Die voraussichtliche Förderung von Kohle im laufenden Jahre wird die Summe von 450 Mill. Pud übersteigen.

* **Tschechoslowakische Kohlenstatistik.** In der Zeit vom Januar bis Ende März 1923 wurde, wie die „Korrespondenz der Berichte aus den neuen Staaten" meldet, in der Tschechoslowakei auf 337 Werken Kohle gefördert, wovon auf 126 Steinkohle und auf 211 Braunkohle gewonnen wird. Auf den Steinkohlenwerken arbeiteten 67 760 und auf den Braunkohlenwerken 42 443 Arbeiter. Die Förderung betrug im ersten Quartal 7 369 550 Tonnen Kohle. Davon entfallen 2 577 494 Tonnen auf Steinkohle und 4 792 056 Tonnen auf Braunkohle. Der Eigenbedarf der Werke betrug bei Steinkohle fast 14 Prozent, bei Braunkohle über 9 Proent der Bruttoförderung. Die Leistung eines Arbeiters per Schicht betrug bei Steinkohle durchschnittlich etwa 7 Kubikmeter, bei Braunkohle fast 16 Kubikmeter. Die Ausfuhr betrug im ersten Quartal dieses Jahres 382 192 Tonnen Steinkohle und 753 459 Tonnen Braunkohle. Davon entfallen auf die Ausfuhr nach Oesterreich 177 629 Tonnen Stein- und 249 485 Tonnen Braunkohle, auf Deutschland 153 953 Tonnen Stein- und 492 561 Tonnen Braunkohle, außer Koks und Briketts. Ferner wurden Kohle, Koks und Briketts nach Polen, Jugoslavien, Ungarn, Italien, Rumänien, Schweiz, Frankreich, Holland, Schweden und Luxemburg ausgeführt.

* **Herabsetzung der Kohlensteuer in der Tschechoslowakei.** Die tschechoslowakische Regierung beabsichtigt, wie die „Korrespondenz der Berichte aus den neuen Staaten" erfährt, die Verkehrssteuer für Kohle um 10 Prozent herabzusetzen. Auch die Kohlentarife der Aussig—Teplitzer Bahn werden in der nächsten Zeit durchgerechnet werden.

* **Erhöhung der Erdölsteuer in Polen.** Das Finanzministerium hat, wie die „Korrespondenz der Berichte aus den neuen Staaten" mitteilt, das Projekt einer Erhöhung der indirekten Steuer von Erdölprodukte ausgearbeitet, welches bereits die Zustimmung des Ministers für Industrie und Handel erhielt. Die Steuer soll je nach der Art der Produkte um 300—400 Proz. erhöht werden.

d. **Paradiesbettenfabrik M. Steiner & Sohn, A.-G., Gunnersdorf** b. Freiberg i. Sa. Die Gesellschaft, die bei der o. G.-V. eine Erhöhung ihres Aktienkapitals von 18 um 12 auf 30 Mill. M. durch Ausgabe von 11,5 Mill. M. Stammaktien und 500 000 M. Vorzugsaktien in Vorschlag bringt, erzielte im Jahre 1922 nach Abschreibungen von 9,77 Mill. M. (54 321 M.) einen Reingewinn von 32,02 (4,97) Mill. M. Hieraus sollen 100 Proz. Dividende (30 Proz. und 100 M. Bonus) verteilt, 14 Mill. M. (450 000 M.) Wohlfahrts- und Beihilfen-Fonds zugewendet und 20 938 (27 175)M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Nach der Jahresrechnung betragen Forderungen 30,86 (12,28) Mill. M., dagegen Gläubiger 67,84 (7,89) Mill. M.

d. **Thüringische Zuckerfabrik Walschleben A.-G., Walschleben.** Die Verwaltung schlägt der auf den 4. Juni einberufenen o. G.-V. nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. auf 400 000 M. alte Vorzugsaktien und 3 Proz. auf 600 000 M. neue Vorzugsaktien von 200 Proz. auf 5 000 000 M. alte Stammaktien und von 100 Proz. auf 7 000 000 M. neue Stammaktien vor. Den offenen Rücklagen sollen ca. 10 Mill. M. zugeführt und auf neue Rechnung soll ein Betrag von 35 Mill. M. vorgetragen werden. Es ist beabsichtigt, die Stammaktien, die bisher nur im Freiverkehr der Leipziger Börse gehandelt werden, auch in den offiziellen Berliner Börsenverkehr einzuführen.

d. **Vergebung der Wöllersdorfer-Werke.** Im österreichischen Ministerrat wurde die Vergebung der Werke von Wöllersdorf an ein unter Führung der reichsdeutschen Industriellen Adler und Borchardt stehendes Konsortium beschlossen.

* **Polens Zuckerausfuhr.** Die Ausfuhr von Zucker bildet in Polen denjenigen Zweig des Außenhandels, der dem Staate die größte Quantität von ausländischen Devisen zur Verfügung stellt. Wird die Ausfuhr von Zucker der Kampagne 1923/24 auf 12 000 Waggons geschätzt, so gelangt man zum Betrage von 3,5 Millionen Pfund Sterling, welche der polnischen Landesdarlehnskasse als Exportäquivalent zufließen werden. Bereits im Juni 1923 wird aus diesem Titel dem Staatsschatze, wie die „Korrespondenz der Berichte aus den neuen Staaten" erfährt, über 1 Million Pfund Sterling zufließen. Mit Rücksicht darauf, daß die Ansammlung von größeren Vorräten ausländischer Devisen in Händen der Regierung viel zur Stabilisierung des Markkurses beitragen wird, hat das Finanzministerium die Ausfuhr von 12 000 Waggons Zucker der Kampagne 1923/24 erlaubt. Diese Erlaubnis wurde nur unter gewissen Bedingungen erteilt, so wurde z. B. die Bestimmung aufgenommen, daß für den Inlandsverbrauch eine Menge von Zucker reserviert werden müsse, die um 30 Proz. den Verbrauch im laufenden Jahre übersteigt und dem Vorkriegsverbrauche gleichkommt.

* **Der französisch-tschechoslowakische Handelsvertrag.** Da die Verhandlungen wegen des französisch-tschechoslowakischen Handelsvertrages bis Ende Mai nicht beendet sind, haben, wie die „Korrespondenz der Berichte aus den neuen Staaten" meldet, beide Parteien beschlossen, den bisherigen Zustand bis 15. Juli 1923 zu verlängern. Bei den Verhandlungen haben sich bisher keine wesentlichen Schwierigkeiten ergeben. Schwieriger ist jetzt nur die Frage der Einfuhr von Faßweinen aus Frankreich in die Tschechoslowakei und die Zollbegünstigung für diese Einfuhr, eine Frage, auf deren Lösung Frankreich großes Gewicht legt.

d. **Das große österreichische Bahnprojekt.** Das neue Unternehmen der Wiederaufbau A.-G. in Kärnten soll „Oevulag" (Oesterr. Betriebs- und Verkehrsmittel-A.-G.) heißen, ist sehr großzügig gedacht und wird auch den seit langem geplanten Bau der Kärtner Ostbahn in Angriff nehmen. Mit diesem Werke will die Gesellschaft in die Oeffentlichkeit treten. Es fanden Verhandlungen mit der Regierung statt wegen Uebernahme einer Zinsengarantie seitens dieser. Die Satzungen der A.-G. sind bereits eingereicht, der Sitz der Gesellschaft ist Klagenfurt.

d. **Sächsische Bank zu Dresden.** Aus einem Reingewinn von 8,1 Mill. M. (4,3) wird eine Dividende von 8 (7) Proz. vorgeschlagen. Der Gesamtgewinn betrug 71,9 (11,6) Mill. M., wurde aber im wesentlichen durch Gehälter und Unkosten in Höhe von 64,8 (4,8) Mill. M. absorbiert. In der Bilanz erscheinen u. a. Kreditoren mit 293,3 (39,7) Mill. M., Girokonto mit 497,3 (52,1) Mill. M., Banknotenemissions-Konto 515 (168) Mill. M., Wechselbestand mit 879,4 (186,9) Mill. M. Den Kreditansprüchen der sächsischen Industrie konnte die Bank nicht annähernd genügen. Eine abermalige Erhöhung des Notenkontingents gestattete wenigstens für die letzten Monate eine wesentliche Ausdehnung des Geschäftes.

Dollarschatzanweisungen 14. Juni **Kassa** 108 500, Ult. Juni 110 500—111 000, Juli 123 000.

Vieh.

Leipzig, 14. Juni. Auftrieb: 89 Rinder (5 Ochsen, 19 Bullen, 22 Kalben, 43 Kühe), 517 Kälber, 56 Schafe, 594 Schweine; zusammen 1256. Preise für 50 Kg. Lebendgewicht (in 1000 M.): Ochsen: 1. 63—65, 2. 58—62, 3. —; Bullen: 1. 60—64, 2. 55—59, 3. 50—54; Kühe: 1. (Kalben) 63—65, 2. 63—65, 3. 53—62, 4. 45—52, 5. 36—44; Kälber: 1. —, 2. 62 bis 65, 3. 55—61, 4. 45—54; Schafe: 1. 50—52, 2. 43—49, 3. 35—42; Schweine: 1. 70—72, 2. 73—75, 3. 66—69, 4. 66 bis 65, 5. 63—65. Die Preise müssen nach dem Bericht vom Viehmarkt je nach Qualität für Rinder 20, für Kälber und Schafe 18 und für Schweine 16 Proz. darunterliegen. Geschäftsgang: Rinder, Kälber, Schafe gut, Schweine sehr gut. Ueberstand: 3 Kühe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306151-12/fragment/page=0004